

FDP will Polizei in NRW stärken

Seit 2010 ist die Zahl der Wohnungseinbrüche in NRW um mehr als 51 Prozent angestiegen. Die Aufklärungsquote liegt örtlich teilweise bei nur fünf Prozent. Die Aufgabendichte, der hohe Krankenstand und die absehbare demographische Entwicklung zeigen: Die Polizei in NRW hat ihre Belastungsgrenze erreicht. Wenn Kontroll-, Verfolgungs- und Fahndungsdruck erhöht werden sollen, braucht NRW mehr Polizeibeamte. Die FDP fordert deshalb, jährlich 300 zusätzliche Polizeianwärterstellen zu schaffen, um die Sicherheit in unserem Land auch künftig ausreichend gewährleisten zu können.

→ [FDP-Antrag: Sicheres NRW – handlungsfähige Polizei](#)

Initiative für Qualität bei Inklusion

Die Inklusion in den Schulen ist überstürzt und qualitätslos angegangen worden. Lehrer und Eltern fühlen sich vielfach unzureichend unterstützt. Die FDP fordert erneut verbindliche Basisstandards für mehr Qualität. „Es wäre fahrlässig gegenüber allen Kindern und Lehrkräften, wenn die Inklusion nicht endlich in qualitative Bahnen gelenkt wird“, so Yvonne Gebauer, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Die Liberalen schlagen vor, dass die Inklusion in Schwerpunktschulen vorangetrieben werden soll. Gleichzeitig sollen spezialisierte Förderschulen und Wahlmöglichkeiten für Eltern erhalten bleiben. → [FDP-Antrag](#)

Stamp: Wir brauchen einen Aktionsplan Integration

„Das Grundrecht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention stehen für Liberale nicht zur Disposition“, bekräftigte FDP-Fraktionsvize Dr. Joachim Stamp in der Debatte über die Ergebnisse des Bund-Länder-Gipfels zur Flüchtlingskrise. Dem trotzigen „Wir schaffen das“ müsse nun ein schlüssiges Konzept folgen. Die Freien Demokraten haben dazu einen „Aktionsplan Integration“ vorgelegt. Darin ist vorgesehen, Flüchtlinge unmittelbar nach der Einreise durch Integrationskurse mit den Werten unserer liberalen Verfassung und der Sozialen Marktwirtschaft vertraut zu machen. Außerdem: Verbindliche Sprachkurse, sobald die Menschen in den Kommunen untergebracht sind. In den Landeseinrichtungen sollen die Qualifikationen und etwaige Qualifizierungsbedarfe der Flüchtlinge unmittelbar ermittelt und diese den Kommunen übermittelt werden. Das wichtigste Ziel sei, den Menschen so schnell wie möglich eine berufliche Perspektive zu verschaffen. Insbesondere für Flüchtlingskinder müssten jetzt schnell zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Sozialarbeiter eingestellt werden. FDP-Fraktionschef Christian Lindner hatte in mehreren Gastbeiträgen bereits eindringlich dazu aufgerufen, so früh wie möglich Integrationsmaßnahmen zu ergreifen: „Aus der aktuellen Flüchtlingskrise darf keine Integrationskrise werden.“

→ [FDP-Antrag: Aktionsplan Integration](#)

→ [Christian Lindner im Handelsblatt: Alte Fehler vermeiden](#)



**Flüchtlinge in NRW –
Lindner und Stamp besuchen
Unterkunft in Düsseldorf**

In einer Flüchtlingsunterkunft in Düsseldorf haben sich der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Lindner und sein Fraktionsvize Dr. Joachim Stamp, gemeinsam mit der stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden Marie-Agnes Strack-Zimmermann vor Ort informiert. Begleitet wurden sie von Miriam Koch, der Flüchtlingsbeauftragten der Stadt Düsseldorf, die bis zum Jahresende allein für Düsseldorf 8.000 Flüchtlinge erwartet. Bestärkt von den Eindrücken vor Ort fordert Lindner erneut „ein Einwanderungsgesetz, das noch vor 2017 von einer ungeordneten zu einer geordneten Zuwanderung führt. Und ich halte ein Bündnis für Integration in Arbeit für erforderlich.“ Die Bundesregierung solle gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften die staatlichen Angebote, die Arbeit der NGOs und die Unterstützung der Betriebe miteinander verknüpfen.

→ [Informationen und Berichte zur Flüchtlingspolitik der FDP](#)

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

FDP fordert Evaluation familienpolitischer Leistungen: Familien in NRW fehlt es vor allem an Zeit, so die zentrale Aussage des Familienberichts der Landesregierung, über den der Landtag beriet. „Familienpolitik umfasst mehr als Zeitpolitik“, erklärte Marcel Hafke, familienpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, in der Debatte. Obwohl 57.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren fehlten, stelle die Landesregierung „keinen zusätzlichen Cent dafür bereit“. Hier gebe es Aufholbedarf. Er appellierte zudem, familienpolitische Leistungen zu evaluieren. → [Mehr zur Familienpolitik](#)

Private Altersvorsorge stärken: Die Freien Demokraten fordern Rot-Grün auf, sich beim Bund für die Förderung der betrieblichen Altersvorsorge einzusetzen und auf eine Reduzierung der Belastung durch Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung hinzuwirken. → [FDP-Antrag: Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge](#)

Rahmenbedingungen für des Ehrenamt verbessern: Rund 20.000 Menschen sind ehrenamtlich in der Kommunalpolitik tätig, ihre Aufgaben werden komplexer, zugleich wird es für viele schwieriger, ihr Engagement mit den Anforderungen des Berufs und der Familie zu vereinbaren. Eine Arbeitsgruppe des Landtags-Ausschusses für Kommunalpolitik hat konkrete Handlungsempfehlungen ausgearbeitet. → [Gemeinsamer Antrag: Ehrenamt](#)

Braunkohle: Rot-Grün schadet Wirtschaft

Der Braunkohletagebau Garzweiler II soll verkleinert werden. Geschätzte 400 Millionen Tonnen Braunkohle dürfen demnach nicht mehr gefördert werden. Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ist damit akut gefährdet. Auf Antrag der FDP hat sich der Landtag mit den Konsequenzen für den Industriestandort beschäftigt. „Die Leitentscheidung wird erhebliche negative Auswirkungen haben“, kritisiert der wirtschaftspolitische Sprecher Dietmar Brockes. Außerdem etablierte Rot-Grün mit der Ankündigung, für Holzweiler einen Sicherheitsabstand von 400 Metern zum Tagebaurand festzuschreiben, „eine Zweiklassenpolitik, die die Region entzweien wird“, so Brockes.

→ [Aktuelle Stunde: Leitentscheidung schadet Wirtschaft NRW – Rot-Grün betreibt Zwei-Klassen-Politik](#)